

Schockierende Zustände in Berlins U-Bahn: Ein Amerikaner berichtet

Ein US-Amerikaner berichtet von schockierenden Erlebnissen in Berlins U-Bahn, die die wachsende Obdachlosigkeit thematisieren.



Die Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) stehen nach einem Vorfall, der einen US-Amerikaner schockierte, erneut in der Kritik. Der Mann erlebte während einer Fahrt mit der U-Bahn ein verstörendes Bild von Obdachlosigkeit, das er mit der verheerenden Opioidkrise in den USA verglich. Er berichtete auf Reddit über eine unerträgliche Begegnung mit einem stark vernachlässigten Obdachlosen in der U6, der so stank, dass viele Fahrgäste den Zug verließen. „Ich kann nicht glauben, wie schlimm die Situation der Obdachlosen in Deutschland geworden ist“, erklärte der US-Bürger, der seit 1999 in Europa lebt. Dies stellt nicht nur ein alarmierendes Bild für Touristen dar, sondern wirft auch Fragen zur Verantwortung des Sozialstaates auf, da sich die Winterbedingungen für viele

Wohnungslose weiter verschärfen könnten, während der Berliner Senat gleichzeitig an Einsparungen im sozialen Sektor plant, wie **Berlin Live** berichtete.

Diskriminierung und Gewalt im öffentlichen Verkehr

Zusätzlich zu diesen besorgniserregenden sozialen Herausforderungen hat das Amtsgericht Mitte ein historisches Urteil gegen die BVG gefällt. Diese wurde verurteilt, 1.000 Euro Schadenersatz an den Opernsänger Jeremy Osborne zu zahlen, nachdem er im Oktober 2020 rassistisch diskriminiert und körperlich angegriffen wurde. Osborne, ein gebürtiger US-Amerikaner, war während einer Kontrolle in der U2 auf einen Streit mit den Kontrolleuren gestoßen. Trotz seiner gültigen Fahrkarte war er mit diskriminierenden und gewalttätigen Aussagen konfrontiert worden, was in einer Beschwerde bei der Ombudsstelle mündete. Wie **taz** berichtete, wurde der Fall hin und her geschoben, bis schließlich die Verletzung seiner Persönlichkeitsrechte durch das Gericht eindeutig festgestellt wurde. Osborne hat damit das erste Mal in der Geschichte der BVG einen Präzedenzfall geschaffen, der die Notwendigkeit einer besseren Schulung der Mitarbeiter zur Vermeidung von Diskriminierung betont.

In einem Klima, in dem rassistische Vorfälle immer wieder auftreten, ist das Urteil ein kleiner Sieg im Kampf gegen Diskriminierung im öffentlichen Raum. Der Vorfall hat verdeutlicht, dass auch in Berlins belebtem Nahverkehr verschiedene soziale Probleme und Machtverhältnisse ernst und nachhaltig angegangen werden müssen.

Details	
Quellen	• www.berlin-live.de • taz.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de